



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Ausschuss für Schule und Soziales V/11
Sitzungstag:	Mittwoch, den 08.03.2023
Sitzungsort:	Alte Drahtzieherei Wupperstraße 8 51688 Wipperfürth
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:55 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner
 - 1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.3. Einwohnerfragestunde
 - 1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2023/112
 - 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 3 GO NW

BEREICH SCHULE

- 1.4. Beschlüsse
 - 1.4.1. Betreuung an der KGS Agathaberg im Schuljahr 2023/2024
Vorlage: V/2023/748
- 1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 1.6. Empfehlungen an den Rat
 - 1.6.1. Verwendung der Inklusionspauschale
Vorlage: V/2023/746
 - 1.6.2. VIII. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagschule"
Vorlage: V/2023/751

- 1.7. Anfragen
 - 1.7.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.02.2023 zu Lehrerversorgung, Unterrichtsausfall und Schulsozialarbeit
Vorlage: F/2023/261/1
- 1.8. Anträge
- 1.9. Mitteilungen
 - 1.9.1. Ausschreibung der Bewertung der räumlichen Situation an den Wipperfürther Schulen
Vorlage: M/2023/113
 - 1.9.2. Sachstand Schulentwicklungsplanung
Vorlage: M/2023/125
 - 1.9.3. Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2023/2024 sowie aktuelle Schülerzahlen
Vorlage: M/2023/121
 - 1.9.4. Ergebnisse der OGS-Bedarfsabfragen sowie Einrichtung der OGS an der KGS Wipperfeld
Vorlage: M/2023/114
 - 1.9.5. Sachstandsbericht zu den Bauprojekten des Gebäudemanagements
Vorlage: M/2023/103
 - 1.9.6. Konrad-Adenauer-Hauptschule, Ergänzungsbau
Vorlage: M/2023/104
- 1.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

- 1.11. Beschlüsse
 - 1.11.1. Unterbringung von Geflüchteten, Bahnstraße, Errichtung von Wohnraummodulen / Containern
Vorlage: V/2023/740/1
- 1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 1.13. Empfehlungen an den Rat
- 1.14. Anfragen
- 1.15. Anträge
- 1.16. Mitteilungen
 - 1.16.1. Vorstellung des Landesprogramms "Kommunales Integrationsmanagement" durch den OBK
Vorlage: M/2023/107
 - 1.16.2. Unterbringung von Geflüchteten in Wipperfürth, Bahnstraße 7, Alte Post
Vorlage: M/2023/124
 - 1.16.3. Situation zur Unterbringung von Geflüchteten in Wipperfürth
Vorlage: M/2023/106
- 1.17. Verschiedenes



Hansestadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales,
am 08.03.2023
von 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mederlet, Frank SPD

Ratsmitglieder

Baldsiefen, Günter Bündnis 90 / DIE

GRÜNEN

Billstein, Regina SPD

Felderhoff, Klaus-Dieter UWG

Frielingsdorf, Hans-Otto UWG

Goller, Christoph Bündnis 90 / DIE

GRÜNEN

Heckersbruch, Jörg CDU

Hirsch, Hartmut CDU

Koletzko, Stefan CDU

Liehn, Jürgen SPD

Lieth, Alexander CDU

Münnekehoff, Andrea Bündnis 90 / DIE

GRÜNEN

Palubitzki, Lothar CDU

Surborg, Joachim CDU

sachkundige Bürger

Ackerschott, Simone CDU

Flosbach, Ulrich CDU

Irlenbusch, Verena CDU

von Palubitzki, Jessica SPD

Wuttke, Monika FDP

sachkundige Einwohner

Hesterberg, Imke Inklusionsbeirat

beratende Mitglieder

Bühlstahl, Peter

kath. Kirche

Weichert, Matthias

An der Agger

Vertreter der

Ev Kirchenkreis

Bürgermeisterin

Loth, Anne

parteilos

Verwaltungsvertreter/in

Berger, Susanne

intern

Kamphuis, Leslie

intern

Marondel, Marius

intern

Schreckegast, Lars

intern

Schriftführer/in

Schalenbach, Carolin

intern

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Frank Mederlet stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Er begrüßt die Verwaltung mit Bürgermeisterin Anne Loth an der Spitze, die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere die Vertreter*innen der Schulen und OGSen sowie Herrn Dr. Stefan Corssen von der Bergischen Landeszeitung.

1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner

Der Ausschussvorsitzende verpflichtet die sachkundige Bürgerin Frau Simone Ackerschott gemäß § 85 SchulG in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Im Anschluss erfolgt die erforderliche förmliche Unterzeichnung des Dokumentes.

Die Verpflichtungserklärung wird dem Original der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den 1. Nachtrag zur Einladung. Bezugnehmend auf TOP 1.13.1 spricht sich Rats Herr Lothar Palubitzki (CDU) aufgrund der Dringlichkeit der Sache für die zeitnahe Beschlussfassung durch den Bauausschuss am 09.03.2023 aus. Der Ausschussvorsitzende lässt hierüber abstimmen. Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich dafür aus, die Beratungsfolge zu ändern. Der TOP 1.13.1 wird daher in TOP 1.11.1 geändert. Auf Bitte des Vorsitzenden sagte die Verwaltung die kommunalrechtliche Prüfung der Frage der Verlagerung der unmittelbaren finalen Entscheidungsbefugnis eines Ausschusses lediglich durch Beschluss des Ausschusses (hier wie von Teilen des ASS vorgeschlagen durch den Bauausschuss) zu, wobei die Verwaltung selbst in der TO des BauA einen empfehlenden Beschluss für den HFA vorsieht. Der ASS selbst sieht in der heutigen Sitzung eine Empfehlung an den BauA vor. Außerdem kündigt der Ausschussvorsitzende Herr Frank Mederlet eine für den 18.04.2023 terminierte Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Soziales zur Vorstellung und Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes an.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Entfällt.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2023/112

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis ge-

nommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 3 GO NW

Entfällt.

BEREICH SCHULE

1.4 Beschlüsse

**1.4.1 Betreuung an der KGS Agathaberg im Schuljahr 2023/2024
Vorlage: V/2023/748**

Beschluss:

1. Das außerschulische Betreuungsangebot im Nachmittagsbereich an der KGS Agathaberg wird im Schuljahr 2023/2024 im gleichen Betreuungsumfang wie bisher angeboten.
2. Das Angebot der Frühbetreuung an der KGS Agathaberg e. V. wird ab dem Schuljahr 2023/2024 (mit Wirkung zum 01.08.2023) eingestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsfrau Andrea Münnekehoff (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, warum lediglich 3 Erziehungsberechtigte der Kinder der KGS Agathaberg bei Beantwortung der Bedarfsabfrage einen Betreuungsbedarf bis 16 Uhr beziehungsweise bis 15/16 Uhr im Schuljahr 2023/2024 angegeben haben, obwohl aktuell 11 Kinder die Betreuung bis 16 Uhr in Anspruch nehmen. Frau Carolin Schalenbach informiert über die bestehenden Betreuungsangebote an der KGS Agathaberg. Das Paket P3, welches die genannten 11 Kinder derzeit gebucht haben, beinhaltet eine Betreuung an fünf Tagen pro Woche bis 16 Uhr. Faktisch könne es natürlich sein, dass die Erziehungsberechtigten die Betreuung nicht in diesem vollen Umfang benötigen, eine andere Alternative jedoch nicht vorhanden sei, und daher einen entsprechend geringeren Bedarf aufgezeigt haben.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Klaus-Dieter Felderhoff (UWG) erklärt Herr Lars Schreckegast, dass der Leistungsumfang der Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sei, da weder Bundes- noch Landesregierung konkrete Informationen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Rechtsanspruchs veröffentlicht haben.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf eine Beschlussfassung für ein Schuljahr. Die OGS-Bedarfsabfrage an der KGS Agathaberg solle weiter-

hin jährlich durch die Verwaltung durchgeführt werden.

1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Verwendung der Inklusionspauschale Vorlage: V/2023/746

Beschlussempfehlung:

Es werden für das Schuljahr 2023/2024 –befristet für ein Schuljahr– je eine Person des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdi) für die Konrad-Adenauer-Hauptschule, die Hermann-Voss-Realschule und das Engelbert-von-Berg Gymnasium sowie je ein Bufdi pro städtischem Grundschulverbund zur Förderung der schulischen Inklusion in den Schulen eingestellt. Hierfür werden auch Mittel der Inklusionspauschale der Hansestadt Wipperfürth verwendet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Keine Anmerkungen oder Fragen.

1.6.2 VIII. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagschule" Vorlage: V/2023/751

Beschluss:

Die VIII. Änderungssatzung zur Satzung der Hansestadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ wird in der beiliegenden Fassung zum 01.08.2023 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (bei 18 Enthaltungen)

Die Satzungsänderung wurde den Teilnehmenden des Arbeitskreises „Rechtsanspruch OGS“ in seiner Sitzung am 18.10.2022 vorgestellt, teilt der Ausschussvorsitzende mit.

Die Verwaltung ergänzt die Satzungsänderung um folgende Korrektur:

§ 3 Abs. 1
Elternbeiträge

Derzeitige Fassung	Vorgeschlagene Neufassung
(...) Die Ferienangebote bzw. Ferienbetreuungen sowie die Mittagsverpflegung sind nicht eingeschlossen und sind gesondert zu zahlen.	(...) Der Beitrag für die Mittagsverpflegung ist nicht eingeschlossen und ist gesondert zu zahlen.

Um die Frage von Ratsfrau Andrea Münnekehoff (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) zu der Änderung des § 4 Abs. 1 (Berechnung des Elternbeitrags), ob und inwieweit sich eine Änderung für die Eltern der OGS-Kinder ergebe, adäquat zu beantworten, wird dem Protokoll die nachfolgende Erklärung hinzugefügt: Nach aktuellem Recht wird bei Familien mit mehr als drei Kindern je ein Freibetrag (in Höhe von derzeit 8.338,00 €) berücksichtigt, also für drei Kinder drei Freibeträge, für vier Kinder vier Freibeträge usw. Bei der geplanten Neuerung, die eine Angleichung an die Kita-Satzung (Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth vom 24.06.2008) darstellt, werden die Freibeträge erst ab dem dritten Kind berücksichtigt, folglich für drei Kinder ein Freibetrag, für vier Kinder zwei Freibeträge usw. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es erfreulich sei, dass die Verwaltung Mehrkosten bei den Trägern durch allgemeine Haushaltsmittel kompensiert und keine Erhöhung der Elternbeiträge erfolgt. Nach seiner Auffassung seien stabile Elternbeiträge, besser eine Abschaffung der Elternbeiträge, wichtiges politisches Element einer familienfreundlichen Hansestadt Wipperfürth.

1.7 Anfragen

1.7.1 **Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.02.2023 zu Lehrerversorgung, Unterrichtsausfall und Schulsozialarbeit** **Vorlage: F/2023/261/1**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Frau Sandra Mittelmann in ihrer Funktion als Regionalgruppensprecherin des hiesigen Grundschulbezirks entschuldigt.

Darüber hinaus lobt der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet, dass der geringe Unterrichtsausfall dem immensen Einsatz der Lehrkräfte zu verdanken sei. Die geringe Besetzung der städtischen Schulsozialarbeiter*innen sei hingegen kritisch zu sehen. Die Thematik nehme stetig an Bedeutung zu.

1.8 Anträge

Entfällt.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Ausschreibung der Bewertung der räumlichen Situation an den Wipperfürther Schulen Vorlage: M/2023/113

Fachbereichsleiter Marius Marondel zeigt mittels eines Zeitstrahls, der als Anlage beigefügt wird, einen groben Überblick über das weitere Verfahren auf.

Weitere Informationen zum Sachstand werden erneut in der Ausschusssitzung am 17.05.2023 gegeben.

1.9.2 Sachstand Schulentwicklungsplanung Vorlage: M/2023/125

Der Ausschussvorsitzende gibt die Terminierung einer Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 18.04.2023 bekannt, um den Schulentwicklungsplan abschließend zu beraten und zu beschließen.

1.9.3 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2023/2024 sowie aktuelle Schülerzahlen Vorlage: M/2023/121

Amtsleiter Lars Schreckegast ergänzt, dass die Gesamtschülerzahl der KGS Agathaberg im kommenden Schuljahr (prognostiziert sind 56 Schüler*innen) im Schwellenbereich liege, sodass die bestehenden drei Lerngruppen gegebenenfalls auf zwei aufgeteilt werden würden. Der 31.07.2023 gelte als Stichtag. Die Eltern sollten dennoch frühzeitig und vorausschauend über die Perspektive informiert werden. Eine entsprechende Infoveranstaltung werde terminiert, fügt Fachbereichsleiter Marius Marondel hinzu.

Darüber hinaus haben sich 7 weitere Schüler*innen für das Schuljahr 2023/2024 an der Hermann-Voss-Realschule angemeldet, sodass die Anmeldezahl auf 99 steigt. Dazu kommen gegebenenfalls noch ukrainische Schüler*innen, die von der Grundschule auf die weiterführende Schule wechseln.

Ratsherr Lothar Palubitzki (CDU) weist darauf hin, dass für die Konrad-Adenauer-Hauptschule regelmäßig steigende Zahlen infolge von Übergängen im Schuljahresverlauf zu erwarten seien.

1.9.4 Ergebnisse der OGS-Bedarfsabfragen sowie Einrichtung der OGS an der KGS Wipperfeld Vorlage: M/2023/114

s. TOP 1.4.1

1.9.5 Sachstandsbericht zu den Bauprojekten des Gebäudemanagements Vorlage: M/2023/103

Fachbereichsleiter Marius Marondel teilt mit, dass die Grün-/Gartenfläche des an die KGS St. Antonius angrenzenden Grundstücks als erweiterte Schulhoffläche hergerichtet werden könne. Der Bauhof und das Gebäudemanagement befinden sich in Planung, sodass eine Umsetzung zum neuen Schuljahr angestrebt werde. Bürgermeisterin Anne Loth ist, das Projekt betreffend, optimistisch, gibt jedoch zu bedenken, dass sich der Zeitplan in Falle von unvorhergesehenen Hindernissen verschieben könne. Der Ausschussvorsitzende freut sich, dass die Initiative der SPD-Fraktion im Rat, mit dem einstimmigen Ratsbeschluss Geld zur Verfügung zu stellen und unmittelbares Handeln zu beauftragen, und auch die Sensibilisierung durch die Elternvertretung der Schule nun endlich dazu führen wird, dass sich die untragbare Situation zeitnah verbessern werde.

1.9.6 Konrad-Adenauer-Hauptschule, Ergänzungsbau Vorlage: M/2023/104

Eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales und des Bauausschusses werde einberufen, wenn es einen finalen Planungsentwurf gebe.

Frau Leslie Kamphuis berichtet, dass die Leistung zunächst ausgeschrieben werden müsse und das Bewertungsgremium anschließend aus den vorgestellten Plänen einen auswähle und den Ausschüssen empfehle. Vom Start des Teilnahmewettbewerbs bis zur Bekanntgabe der Vergabeentscheidung werden mindestens 12 Wochen benötigt.

1.10 Verschiedenes

Herr Lars Schreckegast informiert, dass Schulleiter des Engelbert-von-Berg-Gymnasiums, Herr Erhard Seifert, zum Schuljahresende in Ruhestand gehe. Eine Ausschreibung zur Stellenbesetzung laufe derzeit. Über den aktuellen Sachstand werde in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

BEREICH SOZIALES

1.11 Beschlüsse

1.11.1 Unterbringung von Geflüchteten, Bahnstraße, Errichtung von Wohnraummodulen / Containern Vorlage: V/2023/740/1

Beschluss:

- 1.** Zur Unterbringung von Flüchtlingen werden Wohnraummodule/Container für Geflüchtete in der Bahnstraße auf einem unbebau-

ten Grundstück errichtet.

- 2.** In einer gemeinsamen Sondersitzung von ASS und BA (sobald als möglich) werden das bauliche Konzept sowie das soziale Integrationskonzept vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der TOP wird von TOP 1.13.1 zu TOP 1.11.1 geändert.

Bürgermeisterin Frau Anne Loth erklärt, dass die Thematik bereits in der Ratssitzung am 28.02.2023 auf der Tagesordnung stand und betont, dass die Planungen der Containerlösung sowie der Turnhalle in Thier parallel laufen. Eine dezentrale Lösung werde weiterhin bevorzugt.

Frau Leslie Kamphuis, Fachbereichsleiterin Büro der Bürgermeisterin, hebt die Notwendigkeit einer zeitnahen Beschlussfassung und Entwurfsplanung mitsamt Auftragsvergabe der Planungsleistung hervor. Nach erfolgter Auftragsvergabe werde mit einem Zeitfenster von zehn bis zwölf Wochen bis zum Vorliegen von Ergebnissen seitens des Planungsbüros gerechnet. Eine gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Soziales und des Bauausschusses werde dann anberaumt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Günther Baldsiefen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), wie viele Wohnraummodule und wie deren Ausgestaltung geplant ist, erläutert Frau Leslie Kamphuis, dass diese Überlegungen Gegenstand der Auftragsvergabe werden und einige Varianten in Frage kämen. Ratsherr Günther Baldsiefen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) weist daraufhin, dass eine überwiegende Aufstellung von Wohnraumcontainern voraussichtlich teurer sei, Folgekosten aufgrund der qualitativeren Unterbringung und der damit verbundenen höheren Sozialverträglichkeit jedoch vermieden werden könnten.

Die Unterbringung der Geflüchteten sei eine große humanitäre Herausforderung und als Gesamtaufgabe der Stadt zu verstehen, die es anzunehmen gelte, so Ratsfrau Regina Billstein (SPD). Darüber hinaus erkundigt sie sich zum einen, ob und wie alle Möglichkeiten zur Unterbringung ausgeschöpft wurden, als auch nach Alternativen zu Containern, beispielsweise kleine Holzhäuser, die auch nach dem eigentlichen Verwendungszweck gegebenenfalls weiter genutzt werden könnten. Ebenso fragt sie nach, ob die Anwohner der umliegenden Wohnhäuser angehört wurden.

Frau Susanne Berger, Amtsleiterin Soziales, informiert über die ausgeschöpften Möglichkeiten. Im Frühjahr 2022 erhielt die Stadtverwaltung viele Wohnungsangebote. Infolge des zuständigkeitsbedingten Wechsels der Geflüchteten vom Sozialamt zum Jobcenter ebte der Kontakt zu den Geflüchteten zumeist ab, sodass Fort- bzw. Umzüge nicht immer bekannt wurden. So wurde seitens der Verwaltung recherchiert, wo Wohnraum evtl. freigeworden sein könnte. Tatsächlich freigewordener Wohnraum wurde, auch auf Nachfrage, meist nicht wieder zur Verfügung gestellt. Zeitgleich wurden Unternehmen und Firmen angeschrieben, mit der Bitte, evtl. frei-

stehenden Wohnraum oder bewohnbare, leerstehende Hallen etc. zu benennen. Auch hierdurch wurde kein zusätzlicher Wohnraum gefunden. Hinzu kommt, dass Geflüchtete, die einmal in der Innenstadt untergebracht waren, weiterhin die Stadtnähe bevorzugen und meist nicht in die Dörfer umziehen möchten. Zurzeit werde eine Nutzung von leerstehenden Gaststätten in den Dörfern geprüft. Zudem beherberge das Gästehaus des Haus Hembach in Wipperfeld derzeit 16 Personen. Eine rechtliche Prüfung, ob ein Angebot aus einer Nachbarkommune angenommen werden könne, finde derzeit statt.

Frau Leslie Kamphuis fügt hinzu, dass die Anwohner in der Bahnstraße bislang nicht informiert wurden. Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass dies bei den Anwohnern in Thier getan wurde und dieses Vorgehen auch für die geplante Unterbringung der Geflüchteten in der Bahnstraße zielführend sei. Er fordert eindringlich die schnelle unmittelbare Information der Bürger:innen in dem Viertel an. Er erinnert an Diskussionen in dem Bereich vor vielen Jahren, wo es bereits kritische Stimmen zur Eignung des Standortes, damals für eine Obdachlosenunterkunft, gab. Weiter fragt er nach, wie viele Standorte vor der jetzigen Containerplanung untersucht wurden und wie viele Menschen untergebracht werden können beziehungsweise sollen. Es wurden mehrere Standorte (Ohler Wiesen, Egener Straße, Neye) begutachtet, teilt Frau Leslie Kamphuis mit. Alle weiteren Punkte seien Gegenstand des Ausschreibungsverfahrens. Die Planungsleistung solle ebenfalls darstellen, wie viele Personen untergebracht werden können.

Auf Nachfrage von Frau Monika Wuttke (FDP), ob eine Nutzung des Haus Silberberg geprüft wurde beziehungsweise wie der aktuelle Sachstand sei, erklärt sie, dass sich die Verwaltung in einem laufenden Klageverfahren befinde.

Ratsherr Jörg Heckersbruch (CDU) spricht sich aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit für eine Beschlussfassung in der Sitzung des Bauausschusses am 09.03.2023 und gegen eine Empfehlung an den Rat aus, um die Mittelfreigabe kurzfristig zu beschließen. Außerdem verweist er auf die von der CDU-Fraktion in der vergangenen Ratssitzung gehaltene Ansprache gegen die Maßnahme in Thier hervor.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass nicht nur die baulichen Maßnahmen zu betrachten seien, sondern auch ein Integrationskonzept im Vorfeld erstellt und sichergestellt werden müsse und erhält diesbezüglich die Zustimmung des Ausschusses. Er verweist zudem darauf, dass das Thema bisher noch nirgendwo in einem Ausschuss diskutiert worden sei. Im Rat ging es bisher lediglich um die Mittelbereitstellung, aber nicht um inhaltliche Fragen und hier konkret die Sperrung der Mittel zugunsten der Einholung weiterer Informationen, was bedauerlicherweise von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde. An den Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung habe dies nichts geändert zumal seit der Ratssitzung ja nichts weiter veranlasst wurde. Auf Bitte des Vorsitzenden sagte Frau Leslie Kamphuis die Dokumentation der geprüften Standorte einschließlich der Prüfkriterien und der Wertungen Vor- und Nachteile als Anlage 2 zum Protokoll (nichtöffentlich und in digitaler Form) zu.

Die Verwaltung unternimmt nun weitere Planungsschritte in baulicher als auch in integrativer Hinsicht, sagt Bürgermeisterin Frau Anne Loth zu, und

stellt diese in der gemeinsamen Sondersitzung der Ausschüsse vor. Weitere Vorschläge der Ausschussmitglieder zur Untersuchung von potentiellen Standorten für die Unterbringung von Geflüchteten sollen geprüft werden.

1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.13 Empfehlungen an den Rat

1.14 Anfragen

Entfällt.

1.15 Anträge

Entfällt.

1.16 Mitteilungen

1.16.1 Vorstellung des Landesprogramms "Kommunales Integrationsmanagement" durch den OBK Vorlage: M/2023/107

Die von Frau Suse Düring-Hesse und Frau Sarah Krämer mündlich vorgebrachten Informationen werden der Niederschrift in Form einer Präsentation als Anlage 3 beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich nach der Dauer des Programms. Es sei rechtlich fest verankert und somit langfristig gesetzt.

Ratsfrau Andrea Münnekehoff (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bittet um Mitteilung zur Erreichbarkeit von Frau Monika Fiolka (KIM für Wipperfürth und Hückeswagen). Sie sei regelmäßig montags und dienstags im Wipperfürther Rathaus sowie donnerstags und freitags in Hückeswagen zu finden und zusätzlich mittwochs im Homeoffice erreichbar, antwortet Frau Susanne Berger.

1.16.2 Unterbringung von Geflüchteten in Wipperfürth, Bahnstraße 7, Alte Post Vorlage: M/2023/124

Ratsherr Christoph Goller (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, welche konkreten Maßnahmen mit den Kosten in Höhe von ca. 55.000 € ergriffen werden. Weiter merkt er an, dass an der Konrad-Adenauer-Hauptschule ein Fluchttreppenturm stehe, der wegen des Abrisses gegebenenfalls nicht mehr benötigt werde und bittet die Verwaltung um Prüfung.

Frau Leslie Kamphuis erklärt, dass die Nutzung des Gerüstturms KAH wegen zeitlicher Überlappung nicht möglich sei, eine Weiterverwertung werde

aber berücksichtigt.

**1.16.3 Situation zur Unterbringung von Geflüchteten in Wipperfürth
Vorlage: M/2023/106**

Ratsfrau Andrea Münnekehoff (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich, wie viele aus der Ukraine geflüchtete Personen Wipperfürth bereits wieder verlassen haben. Die Verwaltung kann keine konkreten Zahlen nennen, da der größte Anteil der in Wipperfürth wohnenden ukrainischen Personen inzwischen Leistungen vom Jobcenter beziehe und der Kontakt zum Sozialamt somit nicht mehr bestehe.

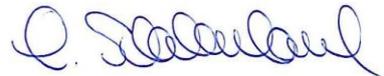
Auf Nachfrage von Ratsfrau Regina Billstein (SPD) berichtet Frau Susanne Berger weiter, dass für Ukrainer keine Wohnsitzauflage für Wipperfürth bestehe und die Geflüchteten innerhalb NRW's reisen dürfen.

1.17 Verschiedenes

Entfällt.



Frank Mederlet
- Vorsitzende/r -



Carolin Schalenbach
- Schriftführer/in -